

gedrungenen tschechischen Drappen die nordwestlichen Komitate nur behufs Bekämpfung des Bolschewismus besetzt haben. Demgegenüber sei festgestellt, daß überall, wo sich bolschewistische Erscheinungen zeigten, diese das Resultat tschechischer Separatistischer Arbeit waren. Diese bewußte und tendenziöse Entstellung der Tatsachen ist um so weniger verwunderlich, als einzelne Elemente um den Preis der furchtbarsten Grausamkeiten am Werke sind, die Stimmung der slowakischen Bevölkerung gegen das Ungarntum zu richten. So wurden die von den Tschechen nachträglich verstimmelten Leichen jener fünf tschechischen Gendarmen, die bei einem Zusammenstoß in Jablonca fielen, unter Trommelwirbel von Gemeinde zu Gemeinde geschleppt, damit das Volk sehe, wie die Ungarn mit den Tschechen umgingen. Der Erfolg bleibt natürlich dann nicht aus. Es wäre dringend zu wünschen, daß die tschechische Regierung diesem, jedes friedliche Zusammengehen vereitelnden Treiben ein Ende mache.

**Die Bischofskonferenz in Egergom.**

Aus Egergom wird gemeldet: Im Primatialpalais hat heute die übliche Herbstkonferenz des ungarländischen römisch-katholischen und griechisch-katholischen Episcopats begonnen. Gesellt haben der siebenbürgische Bischof Gustav Mailáth — dessen Anwesenheit aber für Donnerstag erwartet wird —, der Bács Bischof Karl Esáth, der Szepeser Bischof Alexander Bárv, der Nagybáráder rumänische Bischof Demetrius Radu, der Szamárer Bischof Tibor Boromíza, der Munkácser ungarische Bischof Anton Párv, der griechisch-katholische Bischof von Kaszaburog Stefan Miklósi, der Lugoser rumänische Bischof Valér Freneti und der Szamosújvárer griechisch-katholische Bischof Julius Hossu. An Stelle des kranken Kardinal-Kürstprimas führte den Vorsitz als Rangältester der Erzbischof von Eger Ludwig Szarmecskányi. Er eröffnete die Beratung mit pietätvollen Worten über den vor einiger Zeit verstorbenen Erzabt von Pannonthalma Tibor Hajdu. Um 11 Uhr traf aus Budapest mittels Automobils Kultus- und Unterrichtsminister Marinn Lovász mit dem Regierungskommissar Adam Bertsián ein. Er eröffnete sofort Besprechungen mit den Bischöfen; die verhandelten Gegenstände werden das weitere Material der Konferenz bilden. Nach dem gemeinsamen Mittagessen besichtigte der Minister den Dom, dessen Schatzkammer und die sonstigen Sehenswürdigkeiten der Stadt. Im Laufe des Nachmittags kehrte er nach der Hauptstadt zurück. Die Konferenz setzte die Beratung von nachmittags 4 bis abend halb 8 Uhr fort. Sie wird morgen vormittag in Anwesenheit des Regierungskommissars Versán fortgesetzt.

**Willkürliche Beschlagnahme von Kohlensendungen.**

Politikai Hiradó meldet: In den jüngsten Tagen ist es wiederholt vorgekommen, daß einzelne Provinzstädte und Gemeinden aus den Eisenbahnzügen und den Eisenbahnmagazinen die transportfertigen Waren, und zwar wichtige Bedarfsartikel (Kohle, Petroleum, Benzin, Mehl und sonstige Lebensmittel) nach eigenem Ermessen entnommen haben, um sie für öffentliche Zwecke zu verwenden. Auch hat sich der Fall ereignet, daß der Volksrat einer Gemeinde die Kontrolle der Eisenbahntelesphongespräche verordnet und hinzugefügt hat, daß die Station alle Verfügungen des Volksrates zu befolgen hat. Da die Nationalräte und Verwaltungsbehörden zur Einmischung in den Eisenbahndienst und zur Beschlagnahme von Eisenbahntransporten nicht berechtigt sind, mahnt der Ungarische Nationalrat die Verwaltungsbehörden in der Provinz auf das nachdrücklichste an die Gesetzwidrigkeit und die Folgen

eines solchen Vorgehens. Der Nationalrat gibt bekannt und verfügt, daß die Verteilung der Materialien nach wie vor durch die hierzu berufenen Zentralorgane zu geschehen hat, da es sich nur so erreichen läßt, daß die ohnedies bloß in sehr beschränkter Menge verfügbaren Materialien gerecht für die wichtigsten und dringlichsten Zwecke verwendet werden.

Ganz besonders betont der Ungarische Nationalrat, daß die Regierungsverordnung 4956/1917 M. E. über die Ernennung eines Regierungskommissars für Kohlenversorgung nach wie vor richtunggebend ist. Die Verfügung über die im Lande befindlichen Kohlenmengen gehört ausschließlich in den Rechtskreis dieses Regierungskommissars. Wer die Kohle der Eisenbahn ohne Zustimmung des Regierungskommissars verbraucht, begeht ein Verbrechen an der Nation. Ist doch die Fortführung des Eisenbahnbetriebs soweit wie möglich ein großes Interesse des Landes und der Nation, und wer, mag es auch im Dienste des lautersten und selbstlosen Zieles geschehen, die auf der Eisenbahn transportierte Kohle ohne Zustimmung des Regierungskommissars und Verfügung der Zentrale ihrer ursprünglichen Bestimmungen entzieht, führt das Land einer Katastrophe von unabsehbaren Folgen entgegen.

**Der Ungarische Nationalrat.**

**Ein Aufruf der christlichsozialen Volkspartei.**

Die christlichsoziale Volkspartei hielt heute abend eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der, nach den eröffnenden Worten des Präsidenten Georg v. Szarmecskányi und des früheren Abgeordneten Karl Szász, Redakteur Béla Turó einen Aufruf an das Volk verlas. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, daß Ungarn den Weg der vollständigen Umwandlung betreten hat; während wir aber einen schweren Kampf um unsere territoriale Unversehrtheit kämpfen, müssen wir auch nach neuen Grundlagen unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens suchen. Nach einer strengen Kritik der Tätigkeit des verstorbenen Reichstages und einer Schilderung der parlamentarischen Kämpfe der Minderheit hebt der Aufruf die vollständige Unorientiertheit des Parlamentes hervor, die letzten Endes zu der heutigen Lage führen mußte. So mußte denn die Partei ihr ganzes Vertrauen in das christliche Volk setzen, für das sie gekämpft und gelitten hat. Die Partei steht auf der Grundlage des Rechts und wird sie nicht verlassen. Der kleine Mann, der mit den Schwierigkeiten des Lebens einen zähen Kampf zu bestehen hat, ist der Gegenstand der innigsten Fürsorge der christlichsozialen Volkspartei. Das Volk muß gesammelt werden, damit seine Interessen nach dem traurigen Abschluß des Krieges gewahrt werden können. Die gegenwärtige Lage macht es jedermann zur Pflicht, tapfer die Heimfuchungen zu tragen und den Männern, die heute die Zügel in der Hand halten, keine Hindernisse zu bereiten. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist das höchste Interesse unser aller, und wir müssen der Staatsgewalt in dieser Arbeit werktätig beistehen, dabei aber das bisher befolgte Programm getreulich verwirklichen. Die Welt gestaltet sich von neuem, eine neue Placierung der Nationen folgt. Die Völker wollen die Vergangenheit nicht mehr fortsetzen, neue Sitten, neue Männer haben die Oberhand gewonnen. Es besteht die Hoffnung auf die Beseitigung der erdrückenden Lasten des Militarismus. Das Volk wird unter würdigeren Wirtschaftsbedingungen zu einem besseren Leben gelangen, mit weniger Unterdrückung und mehr Freiheit. Die Vergangenheit ist unwiederbringlich vorbei, nur eine verschwindende Minderheit erhebt ihre Wiederkehr herbei. Eine unerlässliche Vorbedingung der glücklichen Zukunftsgestaltung ist das allgemeine Wahlrecht, das sich auch auf die Frauen erstreckt. Dieses Recht wird jedoch nur zur Wirkung gelangen können, wenn die Freiheit seiner Ausübung absolut gesichert ist. Die Partei wird in dieser Richtung unermüdet weiterkämpfen, damit in diesem Lande jede Ueberzeugung zu dem ihr gebührenden Einfluß komme. Freudig begrüßt die Partei die Inaugurierung einer mächtigen, weitgreifenden Volkspolitik, die das Rückgrat der Nation, die Kleinlandwirte stärkt. Diese Politik wird der Nation große materielle Opfer auferlegen. Wir müssen aber alle unsere Kräfte aufwenden, damit diese Opfer gerecht, auf jene Bevölkerungsschichten verteilt werden, die sie zu tragen fähig sind. Auch im konfessionellen Leben harren große Aufgaben der Lösung. Solche sind die Fragen des öffentlichen und privaten Patronats und des Kirchenrechtes. Mit elementarer Kraft drängt die Katholikenautonomie zur Lösung. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, daß jedermann seine Pflicht tue in dem freien und unabhängigen Ungarn.

Alexander Gießwein legte dann den Entwurf eines Tätigkeitsprogramms vor; dieses wird zur Durcharbeitung und eventuellen Ergänzung einem Organisationsausschuß übergeben. Dieser Ausschuss wurde sofort gebildet und trat in die Verhandlung des Gießweinschen Programmtextes ein.

**Die Wünsche der Székler.**

Die in Budapest wohnenden Székler nahmen auf ihrer jüngsten Massenversammlung einen Beschlusantrag an, demzufolge sie als nötig erachteten, daß

1. den Székler dort, wo sie mit Rumänen vermischt wohnen, das Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Wilsonschen Punkte gegeben werde;
2. daß sie dort, wo sie in kompakter Menge ansässig sind, auf geschichtliche und ethnische Rechte gestützt eine selbstständige Székler Republik bilden dürfen;
3. wollen die Székler auf der Friedenskonferenz entweder durch einen eigenen Vertreter, oder einen Delegierten der ungarischen Volksrepublik ihre Rechte gewahrt wissen. Sie gaben ein Memorandum in englischer und französischer Sprache heraus, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Errichtung der Székler Volksrepublik zur Erhaltung des siebenbürgischen Ungarntums nötig ist.

Der Beschlusantrag wurde von Gabriel Agron, Dionys Sebest und Benedit Jancsó dem Minister Jákó überreicht, der die Versicherung abgab, daß die Regierung der Székler Bewegung mit großer Sympathie gegenüberstehe. Wie immer die künftige Gestaltung unseres Staates aussehen wird, sagte der Minister, die Székler haben unzweifelhaft das Recht, ihre nationalen und kulturellen Kräfte zur Geltung zu bringen. Um so mehr, als ihre Bestrebungen sich mit den Wilsonschen Tendenzen durchaus decken.

**Der südslawische Gesandte für Ungarn.**

Der diplomatische Vertreter des Südslawischen Nationalrates Dr. Marko Petrović ist heute in Budapest eingetroffen.

**Die Volksrepublik Ungarn.**

**Neue Staatssekretäre.**

Wie Magyar Tudósító berichtet, hat der Ministerrat am 14. d. M. den Rechtsanwalt Dr. Desider B. Abraham, den Rechtsanwalt Dr. Johann Kégi, den stellvertretenden Staatssekretär Dr. Béla Szóchy und den mit dem Titel und Charakter eines Ministerialrates bekleideten Sektionsrat Anton Céthly zu Staatssekretären im Justizministerium ernannt. Die Regierung hat heute auch den Direktor des Landesverbandes der Eisen- und Maschinenfabriken Koloman Mészely zum Staatssekretär im Handelsministerium ernannt.

**Abwehr einer tschecho-slowakischen Einstellung.**

Politikai Hiradó meldet: Einzelne tschechische Politiker verbreiten überall, daß die in das Gebiet Ungarns ein-